A8: Leipzig wird Tarifstadt

Einreichende: Israel Encina, Jaël In ‘t Veld, Stefan Nagel, Jan Rottenbach, Paul Mermet, Stefan Heuer, AG Betrieb & Gewerkschaft

Unterstützende: Alexander Schmidt, Björn Höfer, Marco Hamann, Tammo Thyselius, Robby Aydin, Kai Knappik, Tjark Delfs, Kai Tischer, Lucie Hammer, Julia Aigner, Katja Wagner, Nicolas Rother, Johannes Schmidt, Petra Ertel, Hendrik Frieling, Kilian Fürstenau, Robert Gruner, Piet Heinrich, Tom Knappstein, Bosse Rosenow, Konrad Weiß

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Linke Leipzig setzt sich dafür ein, dass die Stadt Leipzig Aufträge nur noch an Firmen vergibt, die nach Tarifvertrag bezahlen und die ihrerseits nur Aufträge an Unterauftragnehmer oder Leiharbeitsfirmen vergeben, die ebenfalls nach Tarifvertrag zahlen.

Falls es tarifgebundene Bewerber um einen Auftrag der Stadt Leipzig gibt, sind diese in der Auftragsvergabe zuerst zu berücksichtigen.

Dies soll auch jeweils für den Fall gelten, dass Leistungen im Auftrag der Stadt Leipzig im Ausland erbracht werden sollen, falls es dort Tarifverträge gibt.

Begründung:

In der Geschäftsordnung der Stadt Leipzig zur Vergabe von Leistungen, „Ziff. 5 Strategische, nachhaltige, soziale und innovative Beschaffung“ sind u.a. der gesetzliche Mindestlohn, ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag und Branchenmindestlöhne als Mindestarbeitsbedingungen definiert, auf die hingearbeitet werden soll.

Das greift zu kurz. In Wahrheit liegen die Löhne in Leipzig häufig deutlich unter geltenden Tarifverträgen und werden individuell ausgehandelt. In Leipzig ist das Lohnniveau unter allen Großstädten Deutschlands am schlechtesten - Vollzeitverdiener haben einen deutlich niedrigeren Medianlohn als in allen anderen Großstädten. Für die Linke muss die Verbesserung der Löhne in Zeiten steigender Mieten und Inflation absolute Priorität haben. Eine Verbesserung der Tarifbindung würde die Löhne vieler Menschen in Leipzig deutlich verbessern, die Beschäftigten und Gewerkschaften stärken und Diskriminierung entgegenwirken, da Löhne, Urlaubstage, Weihnachts- sowie Urlaubsgeld kollektivrechtlich ausgehandelt werden.

Die Linke Sachsen setzt sich auf Landesebene seit vielen Jahren dafür ein, dass das Landesvergabegesetz entsprechend reformiert wird, um die Tarifbindung in Sachsen und somit neben den Löhnen auch die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten erheblich zu steigern. Trotz vieler Versprechungen seitens der SPD Sachsen, hat sie diese Reformpläne, auch in Regierungsverantwortung, nie durchgesetzt.
In Leipzig haben wir andere Mehrheitsverhältnisse und eine starke Linke-Stadtratsfraktion. Daher sollten wir den Standard, den wir auf Landesebene wollen, für Leipzig durchsetzen.

Als organisierende Klassenpartei sagen wir klar: Tarifvertraglich regulierte Arbeitsbedingungen und Entgelte sind das absolute Minimum an Mitbestimmung! Wenn der Haushalt nicht ausreicht, gilt es progressive Steuern konkret zu prüfen, wie sie historisch z.B. im roten Wien mit der Breitner'schen „Steuern auf Luxus und besonderen Aufwand" durchgesetzt wurde.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: